

7. Standesinitiative betreffend Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen von Fleisch von mehrtägigen Tiertransporten aus dem Ausland

Antrag der WAK Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 18. April 2023 zur parlamentarischen Initiative Nina Fehr Düsel
KR-Nr. 145/2021

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ablehnung der PI. Dies ist einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen. Es liegt ein Minderheitsantrag von Paul Mayer und Mitunterzeichnenden vor, der parlamentarischen Initiative zuzustimmen.

Minderheitsantrag von Paul Mayer, Ueli Bamert, Beat Bloch, Jasmin Pokerschnig, Marcel Suter, Patrick Walder:

I. Gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung wird folgende Standesinitiative eingereicht:

Ausländisches Fleisch aus mehrtägigen Tiertransporten ist mit dem Herkunftsland und Verarbeitungsland zu deklarieren sowie sind Zollbeschränkungen aufzuerlegen.

II. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Standesinitiative beim Bund einzureichen.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Abgaben und Wirtschaft (WAK): Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mit einer Mehrheit von 9 zu 6 Stimmen, die parlamentarische Initiative von Nina Fehr abzulehnen. Mit der PI wird verlangt, dass der Kanton Zürich mit einer Standesinitiative die Bundesversammlung auffordert, dafür zu sorgen, dass ausländisches Fleisch aus mehrtägigen Tiertransporten mit dem Herkunftsland und Verarbeitungsland zu deklarieren sowie Zollbeschränkungen aufzuerlegen sind.

Die Mehrheit der Kommission lehnt es ab, die Standesinitiative einzureichen. Das Herkunftsland von Fleisch muss bereits heute immer deklariert werden. Die entsprechende Herkunftsdeklaration wird von den Lebensmittelkontrollbehörden regelmässig geprüft. Hingegen führen die mit der PI geforderten Regelungen zu einem faktischen Importverbot. Schliesslich könnten Importeure und der Detailhandel die geforderte Deklaration nicht sicherstellen, weil keine verlässlichen Informationen zur Lieferkette vorliegen. Ohnehin wurde im Juni 2022 auf Bundesebene eine gleichlautende Motion eingereicht.

Eine Minderheit der Kommission aus SVP, Grüne und CSP stimmt der PI auf eine Standesinitiative zu, denn die reglementierte inländische Produktion von Fleisch wird konkurrenziert durch Billigfleisch von Tieren, die vor ihrer Schlachtung im Ausland qualvollen Transporten ausgesetzt waren. Zudem legt die Käuferschaft verstärkt Wert auf regionale und nachhaltig produzierte Lebensmittel. Ihren Be-

dürfnissen soll Rechnung getragen werden, indem bei importiertem Fleisch deklariert wird, ob im Ausland geschlachtete Tiere zuvor mehrtägigen Transporten ausgesetzt waren. Namens der WAK bitte ich Sie, die PI abzulehnen.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): In dieser PI geht es um das Tierwohl; in dieser PI geht es um den Schutz der Konsumenten. Jeden Tag werden Millionen Tiere in tausenden von LKW durch Europa transportiert. Jährlich sind es über 49 Millionen lebende Rinder, Schweine, scharfe Ziegen, Pferde und über 1,5 Milliarden Geflügeltiere, die grenzüberschreitend innerhalb von Europa sowie aus Drittstaaten transportiert werden. Verstösse gegen den Tierschutz sind an der Tagesordnung.

Die intensive Nutztierhaltung hat zu einer Spezialisierung in Zucht- und Mastbetrieben geführt. Dadurch werden die Tiere teilweise in einem Land gezüchtet, in einem anderen aufgezogen und in einem dritten geschlachtet. Somit kommt es zu den Langstreckentransporten von Geflügel, Schweinen, Rindern, Schafen und Ziegen. Eng zusammengepfercht stehen die Tiere tage- oder sogar wochenlang in den Transportfahrzeugen. Schweine müssen beispielsweise erst 24 und Rinder sogar erst nach 29 Stunden Fahrt abgeladen, getränkt und gefüttert werden. Nach einer Ruhepause dürfen sie weitere 24, beziehungsweise 29 Stunden transportiert werden. Das kann man beliebig oft wiederholen, sodass dem Transport keine Grenzen gesetzt sind. Recherchen haben gezeigt, dass die Pausen kaum bis gar nicht eingehalten werden und oft auch keine geeigneten Versorgungsstationen existieren. Doch selbst mit zertifizierten Versorgungsstationen wäre das Leid der Tiere auf tage- oder wochenlangen Transporten immens.

Selbst der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort, wenn die Importeure und der Detailhandel die nötigen Angaben nicht sicherstellen können, weil diese fehlen oder auf ihre Korrektheit hin nicht überprüft werden können, kann ausländisches Fleisch in der Schweiz nicht mehr verkauft werden. Das sagt doch genau, dass etwas nicht stimmen kann. Unseren inländischen Fleischproduzenten macht man riesige Auflagen, doch wenn es aus dem Ausland kommt, spielt das dann keine Rolle mehr. Da sind die Spiesse nicht gleich lang; das ist eine Ungerechtigkeit. Der Konsument kann auch nicht entscheiden, was er kauft, da ihm die Informationen vorbehalten werden. Wenn schon kein Fleisch aus dem Ausland kommt, dann stärken wir die inländische Produktion und unseren Selbstversorgungsgrad. Mit dieser PI wollen wir Druck auf Bundesbern ausüben und der am 17. Juni 2022 eingereichten gleichlautenden Motion zum Durchbruch verhelfen. Unterstützen Sie das Tierwohl und schützen Sie die Konsumenten, damit sie nicht getäuscht werden. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt diese PI. Tun Sie es auch. Vielen Dank.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Hier kann ich es kurz machen. Die grundsätzlichen Vorbehalte der SP-Fraktion gegen Standesinitiative habe ich Ihnen beim vorhergehenden Traktandum (*Vorlage 441a/2020*) erläutert. Auch hier gilt: Der Kantonsrat ist nicht dazu da, Nationalrat zu spielen, auch ist das Anliegen kein spezi-

fisch zürcherisches. Grundsätzlich hat auch hier seine Gültigkeit, was ich ebenfalls vorhin erläutert habe: Ressourcen und Zeit wurden bereits eingesetzt. Was bringt also eine Ablehnung eines Anliegens, das wir inhaltlich durchaus teilen, zum jetzigen Zeitpunkt noch? Der Unterschied zum vorhergehenden Traktandum ist aber der: In der Bundesversammlung sind zu diesem Thema Vorstösse hängig. Der parlamentarische Prozess ist somit dort, wo er hingehört, bereits angeschoben. Es ist deshalb nicht nötig, dass wir hier noch eine Standesinitiative nachlegen. Die SP-Fraktion wird bei diesem Geschäft der Kommission folgen und diese PI auf eine SI ablehnen. Besten Dank.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Bilder von Tieren, die zusammengepfercht auf engstem Raum ausharren müssen, schockieren uns alle. Auslöser dieser PI war die Blockade des Suezkanals durch ein Frachtschiff. Die Blockade betraf auch Schiffe, die Lebewesen geladen haben, vor allem Rinder, Schweine und Schafe. Durch die tagelange Blockade verendeten die Tiere grausam durch Verhungern. Die Tiere sind zum Teil auch ohne Blockade schon bis zu zwei Wochen auf diesen Schiffen unterwegs. Tiere wochenlang auf engstem Raum zu transportieren, begünstigt auch Pandemien und Krankheiten, aber vor allem sind diese Haltungsbedingungen tierquälerisch. Diese Tiertransporte werden nur aus ökonomischen Gründen gemacht und auf Kosten der Tiere. Ob aber der Import von Fleisch, von Tieren in die Schweiz, die im Ausland geschlachtet wurden, zuvor langen Transporten ausgesetzt waren, lässt sich nicht feststellen, weil in den Schlachthöfen nicht erfasst wird, wie lange davor der Tiertransport gedauert hat. Das beste Mittel gegen lange Transportwege zum Schlachthof, liebe Konsumentinnen und Konsumenten: Kauft Schweizer Fleisch. Während die FDP inhaltlich, also durchaus in den tierschützerischen Punkten, mit den Anliegen der Initiantinnen sympathisiert, ist die Standesinitiative hier das falsche Mittel. Die SVP, wie schon gesagt, hat die grösste Deputation in Bern und kann das Anliegen stufengerecht platzieren. Die FDP lehnt die PI ab. Besten Dank.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Wir sind uns einig, mehrtägige Tiertransporte sind aus Sicht des Tierschutzes ein grosses Problem. Dies gilt jedoch nicht nur für den Kanton Zürich, sondern für die ganze Schweiz, für ganz Europa. Eine Deklarationspflicht auf Bundesebene parallel zur Verschärfungen der Bestimmungen in den umliegenden Ländern würde demnach durchaus Sinn machen. Das Anliegen müsste direkt auf Bundesebene angestossen werden. Wir Grünliberalen sehen hier keinen Mehrwert einer Standesinitiative und darum lehnen wir die PI ab, dies mit grosser Sympathie für das Grundanliegen zugunsten der Schweizer Bauern und zugunsten eines würdigen Umgangs mit unseren Nutztieren.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Am 3. Mai 2021 reichten Nina Fehr Düsel und Sandra Bossert die PI zur Deklarationspflicht und Zollbeschränken von Fleisch von mehrtägigen Tiertransporten aus dem Ausland ein. Am 17. Juni 2022 reichte Meret Schneider, die Nationalrätin der Grünen, gemeinsam mit Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus Mitte, SP und SVP in Bundesbern eine Motion

mit der gleichlautenden Forderung ein. Seit dem 24. August 2022 liegt die abschlägige Antwort des Bundesrates vor. Er meint, eine Deklarationspflicht und Zollbeschränkungen für Fleisch von mehrtägigen Tiertransporten aus dem Ausland sei nicht zielführend, namentlich dürften die Verhältnismässigkeit und Durchsetzbarkeit kaum gegeben sein. So müssten neben Fleisch auch verarbeitete Lebensmittel deklariert werden. Die Umsetzung einer solchen Deklarationspflicht wäre nur mit sehr grossem Aufwand und entsprechenden Kosten – insbesondere auch für KMU – möglich. Und schliesslich prüfe die EU derzeit die Einführung eines freiwilligen Tierschutzlabels, das auch Transportbedingungen einschliessen könne. Ein entsprechender Entscheid könne bis Ende 2023 fallen. Sollte in der EU ein solches Tierschutzlabel eingeführt werden, werde der Bundesrat eine all-fällige Übernahme erwägen.

Sie sehen, die Antwort des Bundesrates fällt ablehnend aus, und dabei zeigt er null Gestaltungswille. Genau deshalb unterstützen wir Grünen die vorliegende Standesinitiative. Wir brauchen in der Schweiz kein Billigfleisch; wir können uns das aufgrund der Biodiversitäts- und Klimakrise auch nicht länger erlauben. Wie wir alle wissen, funktionieren freiwillige Labels nur beschränkt. Mit Freiwilligkeit allein werden die Tiere weiterhin tagelangen Transporten auf Lastwagen oder auf Schiffen ausgesetzt sein. Das wollen wir Grünen nicht. Verleihen Sie dem Anliegen Schub aus dem Kanton Zürich und unterstützen Sie mit uns die vorliegende Standesinitiative.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Es ist tatsächlich so: Wir brauchen in der Schweiz tatsächlich kein Billigfleisch. Da sind wir grundsätzlich im Anliegen ganz bei Ihnen, Kollegin Fehr. Die unsäglichen Bilder von Schlachtviehtransporten quer durch Europa oder die Lebendviehexporte über das Mittelmeer in den Nahen Osten, das schüttelt mich durch. Ich habe einmal eine Dokumentation darüber gesehen; es ist unglaublich.

Nur ist es so, dass wir wieder das Problem mit der Standesinitiative haben. Aber diese hier – im Vergleich mit derjenigen der Echtpelze – ist so schlecht gemacht, dass wir ihr wirklich nicht zustimmen können und der Kommissionmehrheit folgen müssen. Sie fordern darin etwas, das überhaupt nicht kontrollierbar ist oder erfasst werden kann, wenigstens nicht von der Schweiz aus. Das Übel können Sie nur lösen, wenn Sie konsequent auf Importfleisch verzichten, so wie ich es schon seit Längerem tue. Wenn Sie einmal in dieser Richtung etwas in gesetzlicher Hinsicht machen wollen, nebst dem freiwilligen Verzicht von Importfleisch, dann können Sie gerne auf mich zukommen. Mit einer solchen Regelung wäre auch der Schweizer Landwirtschaft am meisten geholfen. Also die Mitte-Fraktion wird dieser PI nicht zustimmen. Vielen Dank.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Im Café du Bonheur gab es heute Risotto, Ratatouille und Pouletbrust. Ich habe natürlich die Gelegenheit genutzt und gefragt, woher das Poulet kommt. Das Poulet, das ich gegessen habe, kam aus der Schweiz. Also 80 Prozent von dem, was sie normalerweise essen, wenn es Fleisch ist, kommt aus der Schweiz, und 20 Prozent kommt eben nicht

aus der Schweiz. Hier wissen wir aber, dass es nicht aus der Schweiz kommt, da sind wir uns einig. Wir haben eine Deklarationspflicht, und die wird auch eingehalten. Aber wir kennen die Lieferketten nicht und können diese auch nicht kontrollieren. Wir haben keine Möglichkeiten, diese zu kontrollieren. Deshalb käme es wirklich auf jeden einzelnen an. Ich esse die Wildsau vom Irchel, die ist 20 Meter von mir weg und wird von meinem Kollegen Fridolin geschossen. Jetzt hat nicht jeder den Irchel hinter dem Haus, vor allem in der Stadt Zürich ist es schwierig, eine Wildsau zu finden. Aber wenn Sie diese Möglichkeit haben, dann essen sie die Viecher vor dem Wald und aus dem Wald und aus der Schweiz. Sie sind als Konsumentinnen und Konsumenten also gefordert.

Auch die EVP-Fraktion wird diese PI ablehnen, weil wir eben auf Bundesbern schon eine gleiche Motion haben. Was Sie aber mitnehmen müssen, ist, kommen Sie auf den Irchel; es gibt genug Wildschweine zu essen. Danke.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Bei dieser PI treffen wir wieder auf dieselben Schlagworte wie bei der vorgängig diskutierten PI: Standesinitiative, Tierwohl, ausländisch, SVP als grösste Fraktion in Bundesbern.

Die Zürcher Nationalrätin der Grünen, Meret Schneider, hat im vergangenen Jahr eine Motion exakt zu diesem Thema in Bundesbern eingereicht. Tiertransporte sind eine absolut unnötige Qual für alle Tiere. Die Alternative Liste lehnt darum solche Transporte ab. Seit mehr als 50 Jahren bin ich Vegetarierin und überzeugt, dass es mit der tierquälerischen Fleischproduktion und dem absurd hohen Fleischkonsum in der Schweiz – so wie bis anhin – nicht mehr weitergehen kann. Fleischkonsum ist auch aus ökologischen Gründen nicht mehr tragbar. Wenn wir weniger und vor allem nur noch Fleisch aus tierfreundlicher Produktion essen, sollten Tiertransporte künftig nicht mehr oder nur noch selten nötig sein. Bis es aber so weit ist, braucht es Regelungen. Ich bitte darum die SVP-Kolleginnen, dass sie ihren Nationalrätinnen in Bern nahelegen, die Motion von Meret Schneider zu unterstützen. Meret Schneider ist meiner Meinung nach die glaubwürdigste Tierwohl-Politikerin in Bundesbern. In seiner Antwort auf die Motion von Meret Schneider schreibt der Bundesrat, dass auf Ebene der Europäischen Union ein Tierschutzlabel geprüft wird. Es ist, wie Jasmin Pokerschnig schon gesagt hat, freiwillig, könnte bis Ende 2023 beschlossen werden und auch die Transportbedingungen einschliessen. Der Bundesrat schreibt weiter, dass er eine Übernahme in Erwägung ziehe.

Liebe SVP-Kolleginnen, bitte überzeugen Sie ihre Kolleginnen und Kollegen in Bundesbern, die Motion von Meret Schneider zu unterstützen. Es ist absolut nötig, dass der Bundesrat endlich handelt und für mehr Tierwohl sorgen muss.

Wie bereits ausgeführt, unterstützt die Alternative Liste zwar jede Verbesserung des Tierwohls, aber, wie bereits mehrmals ausgeführt, keine Standesinitiative. Wir lehnen darum die PI ab.

Nina Fehr Düsel (SVP, Küssnacht): Diese Standesinitiative, die trifft den Nerv der Zeit. Die Nutztiere sind meist ein bis zwei Wochen auf engstem Raum unterwegs, weil der Leberdientransport und das Schlachten in anderen Ländern billiger sind.

Solche Vorfälle sollten uns zu denken geben. Tiere wochenlang auf engstem Raum zu transportieren, begünstigt Pandemien und Krankheiten, aber vor allem sind diese Haltungsbedingungen tierquälerisch. Leider nimmt die Anzahl dieser Transporte zu. Auf Schiffen fällt zudem die Begrenzung der Transportzeit weg, die bei LKW meistens gilt. Aus der EU gelangen viele Nutztiere nach Nordafrika, in den Nahen Osten und in die Türkei. Viele Lastwagentransporte führen auch über die Schweiz. Günstiges Fleisch aus dem Ausland wird auch in unseren Discountern verkauft. Viele Konsumenten kennen die Transportwege nicht; Konsumenten werden hier getäuscht – Paul Mayer hat es auch gesagt.

In der Schweiz haben wir europaweit, wenn nicht sogar weltweit, eines der strengsten Tierschutzgesetze und Haltungsbedingungen. Diverse Labels zeigen auf, wie die Tiere gehalten wurden; es ist auch klar reglementiert, wie gross die Distanzen und Raumverhältnisse bis zum Schlachthof sein dürfen. Aber beim Billigfleisch gilt dann dies alles nicht mehr. Dieses ausländische Billigfleisch aus tagelangen Tiertransporten ist nicht nur für die Tiere eine Qual, sondern auch für unsere heimischen Bauern, die sich an alle Standards halten, eine Konkurrenz. Deshalb fordern wir Bundesbern auf, dass Fleisch aus ausländischen Tiertransporten, die mehrere Tage dauern, entsprechend deklariert werden muss und Zollbeschränkungen auferlegt werden müssen. Die heutige Deklaration ist unzureichend. Der Transportweg ist darauf nicht ersichtlich, Jasmin Pokerschnig hat es gesagt. Jeder Landwirt wird mehrmals auf die Haltungsbedingungen hin kontrolliert und bei Verstössen auch sanktioniert. Gleichzeitig schauen wir bei Fleisch zum Beispiel aus Ungarn weg; dieses kann in unseren Discountern günstig eingekauft werden.

Alle sagen, es sei tierquälerisch, aber sie unterstützen sie (*die PI*) dann leider dann trotzdem nicht. Ich freue mich, dass die parlamentarische Initiative vom Parlament vorläufig unterstützt wurde. Leider wurde sie von der WAK dann knapp abgelehnt. Es ist aber wichtig, dieses Anliegen aufrechtzuerhalten, damit man in Bundesbern an diesem Thema dranbleibt. Es gilt nämlich kantonal und eidgenössisch dranzubleiben; es braucht beides. Und Stefan Feldmann: Zürich ist der bevölkerungsreichste Kanton und daher sehr wohl davon betroffen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ich stimme Nina Fehr Düsel bei diesem Anliegen sehr gerne zu; Sie greift hier ein zentrales und sehr wichtiges Thema auf. Donato Scognamiglio hat richtigerweise drauf hingewiesen: Wir kennen die Lieferketten nicht. Aber genau das ist das Problem. Wir müssen die Lieferketten kennenlernen und herausfinden, welches Fleisch wie transportiert wurde, am besten auch noch, wie es produziert und wie es transportiert worden ist, damit wir Gewissheit haben, dass wir kein Fleisch aus tierquälerischen Transporten konsumieren. Ich muss zu den Kolleginnen und Kollegen der sogenannten Klimaallianz sagen: Vielleicht gilt der Nationalismus-Verdacht beim Fleisch nicht. Es gibt keinen Fleisch-Nationalismus, auch wenn wir alle dieser blöden Werbung aufsitzen «Schweizer Fleisch, alles andere ist Beilage». Die stört mich tatsächlich, weil Ge-

müse auch ein substanzielles Nahrungsmittel sein können, die sogenannten Stärkebeilagen auch; es ist nicht nur Fleisch, das die Hauptmahlzeit ausmacht. Abgesehen davon, glaube ich, gibt es keinen Fleisch-Nationalismus, sondern kurze Transportwege oder einen Fleisch-Regionalismus, der zu fördern ist; die Fleischproduktion im Inland ist grundsätzlich gutzuheissen.

Es ist jetzt natürlich ein Problem, dass sich hier sämtliche ablehnenden Fraktionen gegen tierquälerische Transporte äussern, aber im gleichen Atemzug dann die Formalismen bemühen und sagen, ja, Standesinitiative und so weiter. Doch wenn Sie dann selber einen Vorstoss für eine Standesinitiative einreichen, dann nehmen Sie es nicht mehr ganz so genau – in der Vergangenheit schon oft erlebt.

Nun, es wurde verschiedentlich gesagt, die SVP-Fraktion im Bundeshaus, sie müsste jetzt eigentlich hier der Pacemaker sein und sagen, ja, wir unterstützen, damit der wichtige Vorstoss von Meret Schneider auch durchkommt. Ich denke, wir können diesem Vorstoss durchaus noch etwas Kurs geben und der SVP-Fraktion im Bundeshaus besonders, wenn wir eine Standesinitiative, lanciert von der SVP des Kantons Zürich, unterstützen. Ich denke, das ist viel deutlicher, als wenn Sie von den Grünen käme; es ist ein viel besseres Zeichen an die SVP im Bundeshaus. In diesem Sinne unterstützen wir Grünen das sehr gerne. Wir haben hier keine Berührungängste mit unserem sonst manchmal ein bisschen nationalistischen Gegner auf der anderen Seite. Aber in diesem Fall, wenn es um die Sache geht, sind wir bei Ihnen und unterstützen das. Ich möchte die anderen von der Klimaallianz sehr bitten, seien Sie hier nicht so genau und zimperlich, sondern unterstützen Sie dieses Anliegen im Kern. Ich danke Ihnen.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Ich möchte gerne auf gewisse Aussagen replizieren. Als produzierende Landwirtin bin ich natürlich ganz klar für die einheimische Fleischproduktion oder für das einheimische Fleisch. Nur manchmal kann man es sich nicht aussuchen, vor allem beim Convenience Food oder wenn man unterwegs ist. Darum geht es uns. Wie Paul Mayer gesagt hat, es braucht gleiche Spiesse. Es kann nicht sein, dass wir hier in Vorschriften ertrinken und gleichzeitig lässt man das Billigfleisch rein. Es geht hier auch nicht um den Fleischkonsum im Allgemeinen. Das kann und soll jeder mit sich selber ausmachen. Zum Geflügel möchte ich dem Herrn der EVP sagen: Es sind mehr als 33 Prozent, die importiert werden; die Nachfrage nach Poulet ist am höchsten. Der Pro-Kopf-Konsum liegt bei über zehn Kilo – das zum Thema «kein Fleisch mehr essen». Es ist schön, wenn Meret Schneider dieses Thema in Bern aufgegriffen hat. Doch da hatten Nina und ich diese parlamentarische Initiative bereits eingereicht. Dann zieht man das auch durch. Ich wäre froh um Ihre Unterstützung. Danke.

Stefan Feldmann (SP, Uster) spricht zum zweiten Mal: Geschätzte Kollegin Fehr, Sie haben jetzt erneut argumentiert, dass das spezifisch Zürcherische an dieser Standesinitiative sei, dass der Kanton Zürich so viele Einwohnerinnen und Einwohner habe und deshalb besonders von dieser Frage betroffen sei. Mit dieser Argumentation machen Sie natürlich jedes Thema zu einem spezifisch zürcherischen.

Standesinitiativen sind dazu da, Themen in Bern einzubringen, die einen Kanton besonders betreffen; es muss ein spezifisches Anliegen sein. Wenn wir in den Duden schauen, was «spezifisch» bedeutet, dann lesen wir: «Etwas Besonderes, Charakteristisches, Eigentümliches, die eigene Art betreffend.» Es steht hier nichts davon, dass viele Menschen davon betroffen sein müssen. Das ist nun wirklich kein spezifisches Element. Insofern möchte ich Sie bitten, sich bei der Einreichung von Standesinitiativen – so sympathisch das Anliegen als solches sein mag – doch wirklich zu bemühen und nachzuweisen, worin das spezifisch zürcherische Element besteht. Hier gibt es schlicht und einfach keines. Besten Dank.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Schlachttiere werden seit Jahrzehnten nicht mehr aus dem Ausland in den Kanton Zürich zur Schlachtung transportiert. Dies gilt auch für die restliche Schweiz, weil für den Import von lebenden Tieren zur Schlachtung Strafzölle erhoben werden. Ausserdem dürfen Schlachttiere nur im Bahn- und Luftverkehr und nicht über Strassentransporte durch die Schweiz transportiert werden.

Bereits heute muss das Herkunftsland von Fleisch deklariert werden. Ich als Vegetarierin kann den Fleischessenden im Rat empfehlen, nur Schweizer Fleisch zu konsumieren, weil das eigentlich den höchsten Qualitätsansprüchen genügt, weil, die Tiere vor der Schlachtung nicht langen Transportwegen im Ausland ausgesetzt werden. Wenn Konsumentinnen und -konsumenten die regional zur Verfügung stehenden Produkte wählen, verkürzen sich die Transportwege noch einmal. Die Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure des kantonalen Labors prüfen die korrekte Deklaration von Fleisch umfassend. Die Tierärztinnen und Tierärzte des Veterinäramtes prüfen bei der Anlieferung in verschiedenen Schlachtbetrieben, ob bei den Tiertransporten alle Vorgaben eingehalten wurden. Auch die Kantonspolizei kontrolliert jährlich in jedem der beiden Grossschlachtbetriebe im Kanton an mindestens zwei Tagen die ankommenden Tiertransporte.

Gerne möchte ich auch noch auf die Motion verweisen, die auf Bundesebene hängig ist. Auch dieses Thema ist in Bundesbern bereits platziert. Vor diesem Hintergrund erachte ich es auch hier als nicht wahrscheinlich, dass die Bundesversammlung der vorliegenden Standesinitiative Folge leistet. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und die PI abzulehnen. Vielen Dank.

Abstimmung

Der Kommissionsmehrheitsantrag wird dem Minderheitsantrag Paul Mayer gegenübergestellt. Der Kantonrat beschliesst mit 90 : 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag Paul Mayer und damit der parlamentarischen Initiative KR.-Nr. 145a/2021 auf Einreichung einer Standesinitiative zuzustimmen. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Standesinitiative beim Bund einzureichen.

Ordnungsantrag

Rückkommen auf die Abstimmung

Abstimmung über den Ordnungsantrag:

Für den Ordnungsantrag stimmen 117 Ratsmitglieder. Das Rückkommen ist zustande gekommen.

Wiederholung der Abstimmung

Der Kommissionsmehrheitsantrag wird dem Minderheitsantrag Paul Mayer gegenübergestellt. Der Kantonrat beschliesst mit 99 : 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Kommissionsmehrheitsantrag zuzustimmen. Somit ist die parlamentarische Initiative abgelehnt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.